

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Abschreckung **Kein Konzept für die Zukunft** **... oder doch?**

multipolar

Atomare Zerstörungsgarantie
MAD: Ein historischer Abriss
50 Jahre NPT-Vertrag
Russland und die Abschreckung
Atomkrieg – eine Schimäre!

WeltBlick

Zum Singapur-Gipfel
Regierungswechsel in Spanien

Analyse

R2P: Krieg für Menschenrechte?

Jürgen Trittin

Trump ernst nehmen!



ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-95-8



4 191574 104808 08

4

WeltBlick

- 4 Zum Gipfel zwischen Trump und Kim
Roland Benedikter
- 8 Regierungswechsel in Spanien
Mario Kölling



12

Trump ernst nehmen!

Ein Gastkommentar von Jürgen Trittin

15

Neues aus dem Institut



16

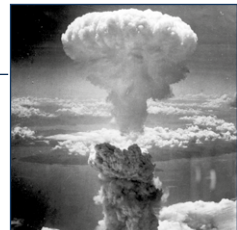
Unterschiedliche Erinnerungen an den Holocaust

Eine Replik von Paweł Stachowiak

20

Thema: Abschreckung

- 20 Gesetz des Atomzeitalters
Wolfgang Scheler
- 25 MAD: Ein historischer Abriss
Wolfgang Schwarz
- 31 Russland und die Abschreckung
Siegfried Fischer und Dmitri Trenin
- 44 Bedrohung durch einen Atomkrieg? Eine Schimäre!
Lutz Kleinwächter





Analyse: Krieg für Menschenrechte?

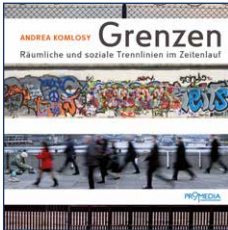
52

Gregor Schirmer

Historie: 50 Jahre Nichtverbreitungsvertrag

58

Hubert Thielicke



Bücherschau

64

Von Grenzen und Vereinten Nationen

Brief an die Redaktion

68

Impressum

69



Nur Krisenprävention bringt Frieden!

70

Ein Kommentar von Hans J. Giessmann

Wort und Strich

72

Trump ernst nehmen

Auch Handelspolitik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit

Jürgen Trittin

Es war ein böses Erwachen für die Bundesregierung, als die USA zum 1. Juni Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus der Europäischen Union verhängte. Bis zuletzt hatten Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Kanzlerin Angela Merkel suggeriert, man könne US-Präsident Trump möglicherweise noch zu einem Deal bewegen. Altmaier hoffte, die USA mit dem Angebot eines abgespeckten Freihandelsabkommens – TTIP light – besänftigen zu können. Doch mit der Ausnahme von Cola light ist Trump nicht mit Light-Produkten zu locken. Schlimmer noch, nicht nur Merkels und Altmaiers Strategie scheiterte, die deutsche Über-Kompromissbereitschaft verhinderte zudem eine starke, geschlossene europäische Haltung im Handelsstreit.

Die US-amerikanischen Strafzölle sind deshalb eine Ohrfeige für Altmaier wie für Merkel. Spätestens jetzt sollten sie aufhören, den Kopf vor der Wirklichkeit in den Sand zu stecken: Man muss Trump ernst nehmen. Auch Handelspolitik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Trump-Tweets wie „Handelskriege sind gut und leicht zu gewinnen“ mögen nach Satire klingen. Aber er meint es ernst. Trump betreibt ungeniert einen aggressiven Wirtschaftsnationalismus. Davor darf die Bundesregierung nicht länger die Augen verschließen. Europa ist der wichtigste Binnenmarkt der Welt – und so müssen wir auch auftreten. Nur so werden umgekehrt auch wir von Trump ernst genommen.

Als Reaktion auf die Strafzölle haben die EU-Staaten einstimmig Gegenzölle auf US-Waren wie Erdnussbutter, Motorräder und Jeans beschlossen. Das ist symbolisch. Langfristig muss die europäische Reaktion spürbar sein, z. B. die Geschäfte von US-amerikanischen Banken in der EU treffen. Es bedarf einer Antwort auf die US-Steuerreform. Sie geht auf Kosten europäischer Unternehmen. Völlig verfehlt wäre jetzt ein einseitiges Entgegenkommen, wie die einseitige Zollsenkung für US-amerikanische Autos. Das haben die Chinesen schon probiert, denen Trump ebenfalls den Fehdehandschuh hingeworfen hatte. Es hat ihnen nicht geholfen. Inzwischen kämpfen beide Seiten wieder mit harten Bandagen.

Derweil droht Trump den Europäern bereits mit der nächsten Eskalationsstufe: Strafzölle auf europäische Autos. Die Maßnahme träfe vor allem die deutsche Automobilindustrie, die 1,35 Millionen Fahrzeuge im Jahre 2017 in den USA verkauft hat. Aber die Zölle würden auch die US-Wirtschaft und amerikanische Arbeiter treffen. Denn die großen deutschen Autobauer BMW, Volkswagen und Mercedes haben große Werke in den USA eröffnet und beschäftigen dort fast 50.000 Mitarbeiter. Wenn Trump seine Drohung wahr macht, dann leidet nicht nur München, sondern auch Spartanburg, South Carolina – das größte BMW-Montagewerk der Welt. Der Fall zeigt: Trumps Make-Amerika-Great-Again-Politik operiert mit einem völlig veralteten Weltbild: Ein rein deutsches Auto, ein rein amerikanisches Auto, so funktioniert der Markt nicht mehr. Längst sind globale Handels- und Produktionsketten die Realität. Doch Trump folgt seinem Rambokurs weiter, koste es, was es wolle, auch für die US-Wirtschaft. So wird Amerika nicht „great“, sondern „gestrig“. Aber auf Einsicht darf man bei Trump nicht hoffen – vergleiche Lektion 1: Trump ernst nehmen!

Die EU hat jetzt Klage bei der Welthandelsorganisation erhoben. Das ist ein wichtiger Schritt, denn es gilt den multilateralen Rahmen zu erhalten und zu stärken. In der Zwischenzeit müssen wir uns für die Zukunft wappnen. Denn die amerikanischen Strafzölle auf Stahl und Aluminium sind erst der Anfang. Auch diese Erkenntnis gehört zur Betrachtung der Wirklichkeit. Die transatlantischen Beziehungen sind in schweres Fahrwasser geraten. Donald Trump wird die einstigen Partner in den nächsten drei Jahren, wohlmöglich sogar in den nächsten sieben Jahren, immer wieder aufs Neue herausfordern. Trump ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern Ausdruck der tiefen Spaltung der US-Gesellschaft. Die von ihm erzeugten Brüche – Austritte aus der UNESCO, dem Klimaabkommen von Paris, aus dem Menschenrechtsrat, der Bruch des Iran-Abkommens, die Steuerreform, der Handelskrieg – haben die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Europa zerstört. Wenn es keine gemeinsamen Ideale gibt, Interessen gegeneinander gekehrt und Institutionen zerstört werden, ist *der* – zuletzt nur noch sogenannte – *Westen* am Ende.

Um Trumps Herausforderung begegnen zu können, brauchen wir vor allem eins: europäischen Zusammenhalt. In der Vergangenheit hat die Bundesregierung diesen Zusammenhalt eher strapaziert als gefördert. Die deutsche

Austeritätspolitik hat EU-Partnern den Weg aus der Krise erschwert und droht den Kontinent in einen reichen Norden und einen Armen Süden zu spalten. Der gigantische deutsche Handelsüberschuss ist nicht nur Trumpf ein Dorn im Auge, sondern auch für viele EU-Partner ein Problem. Der Weg nach vorn führt über Investitionen. Gerade erst hat die OECD Deutschland aufgefordert, endlich Strukturreformen anzugehen. Die Bundesregierung muss mehr investieren, in Deutschland, aber eben auch in Europa. Beides sind Investitionen in die Zukunft. Die Handelspolitik ist nur ein Beispiel. In dieser multipolaren Welt muss deutsche Politik europäisch sein. Sonst hat sie kein Gewicht. 🌐



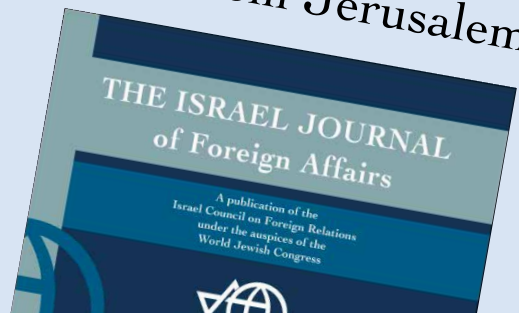
Jürgen Trittin

geb. 1954, MdB seit 1998, 1998–2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2009–2013 Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

juergen.trittin@bundestag.de

ANZEIGE

The **only** foreign affairs journal
coming to you **directly** from Jerusalem



Published by the

Israel Council on Foreign Relations

www.israeljfa.com